

- Persistenter Identifier:** 1571051867188\_1979
- Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1979
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1979/1/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/1/)
- 
- Abschnitt:** Satire: Kumpel Anton zur Ruhrgebietskoferenz
- Autor:** H., U.
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1979/96/LOG\\_0040/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/96/LOG_0040/)



### Kumpel Anton zur Ruhrgebietskonferenz

„Anton“, sachtä Cervinsky für mich, „hasse neulich dat Interfju mit mich in dat Blättchen vonne Landesregierung gelesen?“

„Wat“, sarich, „Interfju mit dich beidä Landesregierung? Wegen Schalke?“

„Nä, wegen dä Ruhrgebietskonferenz. In dat Hudelblättchen 'Unsa Land' odaso, wat jmma vor die Wahlen unters Volk gemischt werden tut. Weiße wat da drinnen steht? Ich soll gesacht ham: „Wenn dä Johannes Rau dat kla kricht, watter sich forgenommen hat mit die Ruhrgebietskonferenz, für uns alle isser 'n Märchenprinz!“

„Wennze dat man glauben tun köns“, sarich.

„Döskopp“, sachtä Cervinsky für mich, „überlech doch ma! Seitse die Pütts zugemacht ham, erzälne von die Monostruktur, dat wa zufiel Pütts ham tun und zu wenich Butieken undso. Noch forn paar Tagen hat dä Johannes Rau inne WAZ gesacht, dattet drauf ankommt, dä Monostruktur aufzulokern, vonwegen die Krisenanfälligkeit. Undat machen se jezz. Kuck doch ma! Ne runde Miljade wolnse in die Kraftwerke stecken. Ärstens wird dä Pütt jezz widda dä Kohlen los, dä Stahlindustrie kricht auch widda wat zu beißen und dä Energiewirtschaft kann die Funzeln am brennen lassen.“

„Tja“, sarich, „abba wo ist dat denn gegen die Monostruktur?“

„Is doch ganz einfach“, sachtä Cervinsky, „die tun einfach 'n paar Kernkraftwerke dazwischen, nach Unna undso, dat is nich so mono. Und wennwa ersma „Energiezentrum der Bundesrepublik“ sind, wie dä Johannes Rau dat vor hat, dann komm die Butieken undso fonselbs.“

„Ich denk, die woln mär für dä Umweltschutz tun, hammse doch dick inne WAZ geschriebl“, sarich.

„Na kla!“, sachtä Cervinsky, „damit wa nich so fon die Industrie belästicht wärn, tunse unsre Zechenhäuskes abreißen, vonwegen die Abstände.“

„Abba“, sarich, „für dä Lebensqualität inne Stadt wollnse echt wat tun. 500 Miljonen, damit dä alten Zechengesellschaften nich so auf die Grundstücke glucken.“

„Jau“, sachtä Cervinsky. „Die Pütts, die wo in die Miesen wärn, die durfte der Staat schon 69 ham, damit die Zechengesellschaften noch schön zum Wohle von uns Kumpels die Zechenhäusken an dä Schpekulanten verschärbeln. Und da se für ihre Zechenplätze mit dem ganzen Müll und Kram drauf keinen Dooven finden, darf die Stadt se jezz kaufen.“

Und dä jungen Familien, wo die Oberbürgermeisters so schaaft drauf sind, ham auch wat, wose stolz drauf sein könn. 'n eigenes Häusken, vastehse! Dä Vatta weiß wofüa morns aufer Beeins inner Schlange steht und amns Überstunden kloppt; die Mutta weiß, warumse für fierfuzich putzen geht und dä Blagen wissen, warum dat Leben schön is. Und dat alles vonne Ruhrgebietskonferenz vom Johannes Rau.“

„Junge“, sarich, „wat hasse denn nu bei dem Interfju mit dat Hudelblättchen von dä Landesregierung gesacht?“

„Anton“, sachtä Cervinsky, „is doch kla, wat ich gesacht hab: „Wenn dä Johannes Rau dat kla kricht, dat ihm die Leute die Kiirmes mit der Ruhrkonferenz so for den Wahlen abnäm, dann isser für uns alle der größte Märchenonkel.“ U.H.,

### Ruhr-Milliarden - ohne Konzept\*

\* aus: Aktuelles Forum NRW, e.V., 4650 Gelsenkirchen Postf. 145,

Hilferufe an der Ruhr. Oberbürgermeister konferieren, wie es im Technokraten-Deutsch heißt. Mit großem Troß beraten sie im Rathaus Castrop – insgesamt 160 Mann holen sich die Spesen ab. Milliarden sollen auf das Ruhrgebiet herunterrauschen. Die bürgerlichen Zeitungen informieren so schlecht, daß kaum ein Kumpel im Revier begreifen kann, worum es wirklich geht.

Daß das Ruhrgebiet überhaupt „entdeckt“ wurde, verdankt es den Bürgerinitiativen. Sie haben nicht nur Zechenhäuser vor dem Abbruch gerettet, sondern auch das Image der Landschaft gründlich verändert. Per Presse und Fernsehen wurde seit 1972 offenkundig, was jeder Ruhrkumpel natürlich längst wußte: daß es im Ruhrgebiet Lebensqualitäten in den Wohnvierteln gibt, weil die Menschen kameradschaftlich miteinander leben, sich nicht auf ihre Obrigkeit verlassen, sondern auf sich selbst und die Kollegen.

Nun haben sich die Politiker des Themas Ruhrgebiet angenommen. Aber nicht, um Zechenhäuser zu retten oder zu modernisieren – dieses Thema erscheint im Katalog der Milliarden-Forderungen bislang an keiner Stelle. Nein, die Politiker werden vom Wahlkampf bedrängt und müssen den Anschein der Aktivität wahren. Daher werden nun auf Teufel komm raus Sprüche über das Ruhrgebiet gekloppt. Je mehr Konferenzen, desto mehr kostenlose Werbung in den bürgerlichen Zeitungen – desto mehr Steuern aber auch für diesen bombastischen Leerlauf an Spesen und Bürokratie.

Wie konzeptionslos die Milliarden rauschen sollen, zeigt der „Wunschzettel“ der Stadtoberhäupter. Zunächst mal wird Steuergeld verlangt, um Zechengelände aufzukaufen – für neue Betriebe und, wie es dann immer so schön heißt, damit also für neue Arbeitsplätze. Doch bislang konnte nicht einmal das vorhandene Gelände an den Mann gebracht werden. Es ist halt eine schlechte Zeit für neue Betriebe. Viel eher muß man vermuten, daß mit den Steuergeldern die Zechenbarone ihren Alt-Besitz noch einmal günstig verwerten können.

Die meisten Städte wollen jedoch Ratsherren-Denkmalere bauen – wie gehabt. Mülheim zum Beispiel: eine teure Wohnanlage für den gehobenen Mittelstand, natürlich mit Steuergeldern der Allgemeinheit subventioniert. Eisport-Halle, Freibad, Hockey-Halle, Abbruch des leerstehenden Neckermann-Kaufhauses und Neubau einer städtischen Sparkasse (statt die Sparkasse in den Kaufhaus-Bau ziehen zu lassen). Essen will ein neues Theater bauen – als ob der Millionen-Etat für wenige Privilegierte nicht schon längst ein Skandal sei.

Von der Wohnungsfrage redet niemand. Daß nämlich für eine Million Menschen in

Arbeiter-Siedlungen preisgünstige und lebenswerte Wohnungen vor dem langsamen Vergammeln geschützt werden müssen.

Gebt ihnen eine Milliarde, macht vernünftige Richtlinien, die Übermodernisierungen verhindern, schreibt als Gegenleistung für die öffentlichen Gelder die Wohnrechte der Bewohner fest, hindert die Bürokratien, einen großen Teil der Summen selbst zu schlucken – und eine der wichtigsten Fragen des Ruhrgebietes läßt sich in den nächsten 10 Jahren klären. Zum Nutzen der Ruhr-Kumpels.

Wenn der Bundestag zusätzlich die auf Kante liegenden unverbrauchbaren Fernstraßengelder (rund 1,6 Milliarden) für Verkehrsberuhigungen in Wohnvierteln (nach dem Delfter Modell) freigibt, dann werden unschätzbare Lebensqualitäten gewonnen.

Aber die Stadtoberhäupter lassen sich vom Kumpel nicht reinreden, so sieht es aus. Über dem Volk, auf den Wolken schwebend, sind sie schon so weit entrückt, daß sie die Probleme der Menschen in der Vorstadt nicht mehr wahrnehmen. Sie interessiert nur das Prestige der Innenstädte, das Interesse einiger Kaufhaus- und Baukonzerne und ihr eigenes Denkmal.

So werden die konzeptionslosen Milliarden dem Ruhrgebiet mehr Probleme bringen als zuvor. Die wirklichen Verbesserungen werden auf der Strecke bleiben.

Wahl-Krampf. Wetten wir, daß das Thema spätestens nach der Bundestagswahl vom Tisch ist?

Es ist zu hoffen, daß sich immer weniger Menschen die Augen mit diesem Sand blind streuen lassen.

## Das aktuelle Urteil

### Sozialer Wohnungsbau

Die vom Mieter einer mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung gezahlten Gebühren für Müllabfuhr und Kosten für Allgmeinestrom sowie Antennengebühr müssen vom Vermieter als unzulässige Leistung verzinst zurückgezahlt werden. (Amtsgericht Wuppertal – 29 C 305/78)

### Mietnebenkosten

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sämtliche Kosten der Vermietung mit dem vereinbarten Mietzins abgegolten werden; die Erhebung und Umlage von Nebenkosten durch den Vermieter ist nur aufgrund einer klaren Vertragsvereinbarung möglich. Unklarheiten im Mietvertrag gehen zu Lasten des Vermieters, wenn er einen Formularmietvertrag verwendet. Aus einer einmaligen Zahlung von Nebenkosten kann noch kein rechtsgeschäftlicher Bindungswille des Mieters entnommen werden, dies auch zukünftig zu tun. (Amtsgericht Köln – 151 C 5191/78)

Weiter auf Seite 56